Unser Zukunftsprogramm in Kurzform:

- 1. Stabile Zukunftssicherung der Rente für die Generation U50 durch Umbau des Rentensystems ohne Beitragserhöhung, Rentenkürzung oder Arbeitszeitverlängerung (Einführung des Kapitaldeckungsverfahren)
- 2. Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland
- 3. Bürokratieabbau durch situativen Verzicht auf Datenschutz.
- 4. Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau
- 5. Ausweisung von Baugebieten auf staatlichen Erbpachtgrundstücken
- 6. Klimaschutz unter Berücksichtigung lokaler und regionaler Strukturen; Schutz vor Klimafolgen vor Zwangsmaßnahmen bezüglich 1,5°-Ziel
- 7. Begrenzung der Zuwanderung auf der Basis der Integrationsfähig- und -willigkeit der Zuwanderer auf 5 % der deutschen vorjährigen Geburtenrate; Asylprüfung an EU-Außengrenze mit Prüfung des Bildungsstandes eines Asylbewerbers
- 8. Differenzierter Sozialstaat mit dem Primat Deutscher Bürger vor Zuwanderern und Asylbewerbern; Wer in die Sozialsysteme einzahlt hat vorrangig Ansprüche
- 9. Abkehr von unerfüllbaren, dogmatischen Sozialstaatsversprechen; Begrenzung von Sozialstaatsleistungen auf max. 25 % des BIP
- 10. Bildungsförderung für Talente; realistische Beurteilung der Leistung von Schülern und Studenten
- 11. Stärkung des familiären Erziehungsauftrags
- 12. Sicherung des Gesundheitswesens und der medikamentösen Versorgung der Bevölkerung; Förderung der Gesundheitsforschung bzgl. Therapien bei Krankheiten des weiblichen Körpers
- 13. Förderung der deutschen Entwicklung von KI und Entwicklung einer zur friedlichen Nutzung verpflichtenden KI-Strategie
- 14. Undogmatische Außenpolitik orientiert an der Realität; Stärkung des EU-Parlaments gegenüber der EU-Kommission; Einführung des Mehrheitsprinzips in EU
- 15. Stärkung des Rechts auf individuelle Lebensentscheidungen
- 16. Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit durch bessere personelle und materielle Ausstattung von Polizei und Armee. Einhaltung des 2%-Ziels für die Bundeswehr.
- 17. Reduzierung der Staatsschulden von derzeit 2,3 Billionen Euro
- 18. Modifizierung des Wahlrechts, Stärkung der Erststimme, Einführung des negativen Panaschierens bei der Zweitstimme; Abschaffung der Grundmandatsklausel; Begrenzung des passiven Wahlrechts auf idR 2 Legislaturen
- 19. Einführung einer besonderen Amtshaftung für Minister und Staatssekretäre bei bewusst schädigendem Verhalten (siehe "Mautdebakel", "Maskenaffäre", "überteuerte Impfstoffdeals" u.a.)
- 20. Stärkung der Bürgerbeteiligung am politischen Entscheidungsprozess durch Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene
- 21. Verbot von Wahlkämpfen ausländischer Staaten auf deutschem Boden
- 22. Abschaffung doppelter Staatsbürgerschaften.